

Übersichten

September 1998

Außenpolitik

1 Kommentar zu den deutschen Bundestagswahlen

Bei der Pressekonferenz vom 28. September gab der Sprecher des Außenministeriums, Tang Guoqiang, einen kurzen Kommentar zu den deutschen Bundestagswahlen vom 27. September ab: Er gratulierte der SPD und dem künftigen Kanzler Gerhard Schröder. Es habe sich bei dem Urnengang um die letzte Bundestagswahl im ausgehenden Jahrhundert gehandelt. „China hat immer großen Wert auf seine Beziehungen zu Deutschland gelegt. Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung langfristiger, stabiler, freundschaftlicher und kooperativer Beziehungen zu Deutschland ist eine wichtige Aufgabe der chinesischen Außenpolitik und steht in Übereinstimmung mit den gemeinsamen Interessen der Völker beider Länder. Wir sind davon überzeugt, daß Herr Schröder, der die Kanzlerschaft übernimmt, die bestehenden freundlichen und kooperativen Beziehungen zwischen China und Deutschland fortsetzen und weiter stärken wird.“

Auch der Verlierer wurde mit freundlichen Worten gewürdigt: „Während der langen Periode, in der Herr Kohl

Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war, haben sich die chinesisch-deutschen Beziehungen in umfassender Weise entwickelt. Kanzler Kohl hat dabei wichtige Beiträge geleistet, so daß die chinesische Regierung und das Volk ihn nicht vergessen werden.“ (XNA in SWB, 30.9.98)

Kohl hatte die VR China insgesamt viermal besucht, nämlich 1984, 1987, 1993 und im November 1995. 1987 war er als erster westlicher Spitzenpolitiker nach Tibet gereist. 1995 hatte er ebenfalls als erster Regierungschef nach dem Tiananmen-Massaker eine Einheit der VBA besucht (näheres dazu C.a., 1995/11, Ü 1).

Schröder wurde in chinesischen Zeitungen als Mann der Generation Bill Clintons und Tony Blairs bezeichnet. Besonders hervorgehoben wurde, daß er aus einem „Arbeiterhaushalt“ stamme. -we-

2 Clinton-Affäre „hat auf die chinesische US-Politik keinen Einfluß“

Auf die Frage, ob der „Sex- und Lügenskandal“ um US-Präsident Clinton die sino-amerikanischen Beziehungen beeinflussen könne, antwortete der Sprecher des Außenministeriums bei der Pressekonferenz vom 16. September, daß dies nicht der Fall sei. Es handle sich hier um eine innere Angelegenheit der USA, die von chinesischer Seite nicht kommentiert werde. Im übrigen habe er, der Sprecher, den Bericht „überhaupt nicht gelesen“.

Fast zur gleichen Zeit traf der Stellvertretende Vorsitzende der ZK-Militärkommission, General Zhang Wannian, zu einem zehntägigen Besuch in Washington ein, um dort mit dem amerikanischen Verteidigungsminister William Cohen zu konferieren. Gleichzeitig kam in Beijing Verteidigungsminister Chi Haotian mit dem Präsidenten der „US Defense University“ zusammen. Die Geschäftsmäßigkeit der Beziehungen geht also weiter. Das einzige, was den Chinesen Sorge bereitet, ist der Verlust der Kontakte zum wohlgelittenen Bill Clinton und die Möglichkeit, daß nun an seiner Stelle „chinafeindliche“ Kräfte verstärkt Einfluß auf die Politik Washingtons gewinnen könnten. (SCMP, 18.9.98)

Am 18. September verboten die chinesischen Behörden die Verbreitung des Ermittlungsberichts des Sonderermittlers Kenneth Starr zur Clinton-Affäre. Wer gegen das Verbot verstöße, habe mit „schwerer Bestrafung“ zu rechnen, hieß es. (SCMP, 18.9.98)

Kaum zur Kenntnis genommen wurden in Beijing Enthüllungsberichte über angebliche Angriffspläne des State Department aus dem Jahre 1963 auf China. Nachdem amerikanische Geheimdienste erfahren hatten, daß China die Entwicklung einer eigenen Atombombe betreibt, die dann in der Tat am 16. Oktober 1964 zum ersten Mal getestet wurde, seien Pläne für eine Bombardierung der Nuklearanlagen in Lop Nor diskutiert, dann allerdings wieder verworfen worden. (IHT, 28. und 30.9.98) In Beijing hieß es zu diesen Berichten lediglich, daß es sich hier um Manifestationen einer längst „bankrott gegangenen kalten Kriegsmentalität“ gehandelt habe. -we-

3 Zwischen Israel und Palästina hin und her gerissen

Innerhalb kurzer Zeit hat China zwei gegnerische Seiten empfangen, nämlich zuerst Jassir Arafat und einige Tage später, Ende August, den israelischen Verteidigungsminister Yitzhak Mordechai. Dem einen schuldet China seit Jahrzehnten Loyalität, der andere aber leistet praktische Hilfe. Seit nahezu zwanzig Jahren beliefert Israel die VBA mit moderner Waffentechnologie. Diese israelische Unterstützung ist für die VBA deshalb so wertvoll, weil die israelische Armee sowohl mit amerikanischen Waffen als auch mit sowjetischen (Beutel-) Waffen vertraut ist. Israel hat auch Teile der chinesischen Panzertruppen modernisiert und hilft gegenwärtig den Chinesen beim Bau eines eigenen F-10-Kampfflugzeugs.

Kein Wunder, daß sich israelische Politiker in Beijing die Klinke in die Hand geben: Im Mai 1998 kam Ministerpräsident Netanjahu nach Beijing, im Juli folgte der nationalistische Infrastrukturminister Ariel Sharon (der Anfang Oktober zum Verteidigungsminister ernannt wurde) und Ende August kam, wie gesagt, der damals noch amtierende Verteidigungsminister Mordechai nach China.

Hauptgesprächspartner Mordechais war sein chinesischer Amtskollege, Verteidigungsminister General Chi Haotian (XNA, 3.9.98). Chi wies auf die „ständigen Kontakte zwischen den Armeen beider Länder seit vielen Jahren“ hin. Mordechai andererseits brachte die israelische Hoffnung zum Ausdruck, daß China im Zuge seiner militärischen Modernisierung die Zusammenarbeit mit Israel weiter intensiviere. (SCMP, 1.9.98)

So hoch wurde Mordechais Besuch eingestuft, daß ihm auch der Vorsitzende der ZK-Militärkommission, Jiang Zemin, als Gesprächspartner zur Verfügung stand (XNA, 3.9.98).

Nur am Rande bekam der israelische Gast zu hören, daß man in China den „Stillstand des Friedensprozesses in Nahost tief bedauere“ (XNA in SWB, 5.9.98). -we-

4 Unterzeichnung der UNO-Zivilrechtskonvention

Am 5. Oktober 1998 unterzeichnete die VR China in New York die UNO-Konvention über zivile und politische Rechte (UN International Covenant on Civil and Political Rights), in der u.a. die Freiheit der Rede und der Versammlung, der Möglichkeit zur Einmischung in öffentliche Angelegenheiten und die Ermöglichung von Wahlen enthalten ist.

Eine ähnliche Konvention hatte China bereits 1997 unterzeichnet, und zwar über „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“, ohne daß bisher allerdings die Ratifizierung erfolgt wäre.

China hatte seinen Entschluß, auch der neuerlichen Konvention beizutreten, während des Besuchs der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, bekanntgegeben. Einige Beobachter hatten erwartet, daß Beijing die Konvention bereits während des Besuchs der Menschenrechtlerin unterzeichnen könnte.

Frau Robinson hatte China vom 6. bis 15. September besucht und war dabei mit fast allen chinesischen Spitzenpolitikern zusammengetroffen. Unter anderem hatte sie sich auch mit der Provinzregierung der AR Tibet ins Benehmen setzen können. Ferner hatte sie Gelegenheit erhalten, sich mit Personen aus allen Bereichen des Lebens,

angefangen von Akademikern und Religionsvertretern bis hin zu Erziehern und Repräsentantinnen von Frauenvereinigungen zu treffen.

Beide Seiten hatten am Schluß ein „Memorandum über künftige Zusammenarbeit“ unterzeichnet.

Während ihres Besuchs war Frau Robinson auch immer wieder über das Sozialrechtsengagement der VR China informiert worden, das vor allem beim Kampf gegen das Hochwasser am Yangzi und am Nenjiang zutagegetreten sei (so beispielsweise Jiang Zemin in SWB, 15.9.98). -we-

5 Lauwarmer Applaus für die Blockfreien

Lange Zeit gehörte China mit zu denjenigen Staaten, die dem NAM (Non Aligned Movement) mit besonderer Begeisterung applaudiert hatten.

In der Anfangsphase war Beijing den gerade aus kolonialer Vorherrschaft entlassenen Staaten, die einen nichtsozialistischen Weg einschlugen, zwar noch mit Ablehnung und Mißtrauen entgegengetreten: sie seien „Marionetten“ der Imperialisten, meinte man damals. Spätestens mit der Konferenz von Bandung (1955), an der auch Zhou Enlai teilnahm und zum ersten Mal mit führenden Staatsmännern der blockfreien Welt (Nasser, Nehru, Sukarno) zusammentraf, kam jedoch eine differenzierendere Betrachtungsweise auf.

Im Verlauf des Zehnjahreszeitraums zwischen 1958 und 1968, die mit der ersten sino-sowjetischen Eiszeit zusammenfielen, begann eine tastende Suche nach neuen Partnern. Zhou Enlais Afrika-Safari, die Hinwendung zu Birma und Kambodscha sowie die Entente cordiale mit dem Indonesien Sukarnos fielen in diese Zeit. Gleichzeitig verfeindete sich China jedoch mit Indien (Grenzkrieg 1962!) und Ägypten (Kritik an Nassers antikommunistischen Maßnahmen), übte Kritik an der angeblich vom jugoslawischen „Revisionismus“ beeinflussten Konferenz der Blockfreien von 1964 (in Kairo) und setzte sich für eine zweite afroasiatische Gipfelkonferenz – eine Art Bandung II – ein, die 1965 in Algerien zusammentreten und dem „Revisionismus“ abschwören, vor allem also

den Widerstand gegen die Sowjetunion auf ihre Fahnen schreiben sollte.

Die Konferenz scheiterte jedoch nach dem Sturz des algerischen Präsidenten Ben Bella. In Lateinamerika schwenkte Castro endgültig auf die sowjetische Linie ein; gleichzeitig begann Moskau mit einer diplomatischen Asienoffensive, und zwar in Hanoi sowie in Taschkent, wo die UdSSR zwischen den beiden Kriegsparteien Indien und Pakistan vermittelte. Am katastrophalsten aber war der antikommunistische Umsturz in Indonesien i.J. 1965, der zur Verfolgung der dortigen PKI und zum Sturz eines der engsten Freunde Chinas, Sukarnos, sowie zu einer systematischen Verfolgung der Auslandschinesen führte.

All diese Rückschläge waren für die xenophobischen Attacken der Rotgardisten während der Kulturrevolution mitverantwortlich.

Nach 1968 versuchte Beijing – im Zuge seiner „antihegemonistischen“, d.h. vor allem gegen die UdSSR gerichteten Politik – eine neue Annäherung an die Dritte Welt, die durchaus auch erfolgreich war. „Freundschafts“-Bekundungen wie in den Jahren 1955 ff. kamen den Chinesen jetzt jedoch kaum noch über die Lippen.

Die Bewegung der Blockfreien ist – im Anschluß an die Bandung-Konferenz von 1955 und an das Brioni-Treffen von 1956 – im September 1961 in Belgrad aus der Taufe gehoben worden, wobei politische Unabhängigkeit, Nichtbeteiligung an Militärbündnissen und Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen den dreifachen Kern der „Blockfreiheit“ bilden sollten. Hauptforderung der NAM sind (1) Beendigung aller Formen von Fremdherrschaft, (2) Auflösung der Militärblöcke, (3) Nichteinmischung, (4) Nord-Süd-Dialog und Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung sowie (5) militärische Abrüstung, Denuklearisierung und Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel für Entwicklungsprojekte.

Die NAM hält durchschnittlich alle drei Jahre ihre Gipfelkonferenz ab – die zwölfte fand diesmal am 3. und 4. September im südafrikanischen Durban statt. 113 Mitglieder waren anwesend (29.8.-3.9.). Am 3. September wurde ein Schlußdokument ver-

abschiedet, das gegen die fortwährende Gewalt in Afrika protestierte, vollständige Abschaffung der Nuklearwaffen forderte und eine stärkere Unterstützung der Entwicklungsstaaten verlangte. (XNA, 5.9.98)

Außenminister Tang Jiaxuan, der als Vertreter des „Beobachter“-Lands China anwesend war, gab sich bei seiner Rede eher zugeknöpft. Er stellte fest, daß gegenwärtig ein weltweiter Trend zu Multipolarisierung und Globalisierung herrsche und daß die Globalisierung „eine ernsthafte Herausforderung für viele Entwicklungsländer“ sei, da die Kluft zwischen entwickelten und sich entwickelnden Ländern ständig tiefer werde. Als besonders gefährlich bezeichnete er den Stillstand des Friedensprozesses in Nahost, den nuklearen Testwettbewerb in Südasiens und die bewaffneten Konflikte in einigen Gegenden Afrikas und Europas. Er zeigte sich überzeugt, daß die Blockfreien ständig ihre Solidarität erhöhten (sic!) und sich nicht darin beirren ließen, für eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu kämpfen. (XNA, 5.9.98)

Kein Wort davon, daß sich die Kluft in den letzten Jahren nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch zwischen den Entwicklungsländern selbst geweitet hat, so daß heute schon von einer Dritten und Vierten, vielleicht sogar einer Fünften Welt die Rede sein kann. Auch das Wort „Süd-Süd-Zusammenarbeit“, das für China vielleicht verpflichtende Wirkung hätte auslösen können, fehlte in Tangs Rede. Daß im übrigen von „Solidarität“ zwischen asiatischen Drachen und Tigern einerseits sowie lateinamerikanischen oder gar afrikanischen LDC (Least Developed Countries) andererseits keine Rede sein kann, wurde schlicht verschwiegen. -we-

6 Niedriges Profil in der Außenpolitik

Anfang der 90er Jahre hatte Deng Xiaoping die Forderung erhoben, daß „China niemals eine weltpolitische Rolle anstreben, sondern ein niedriges Profil bewahren“ solle. Dies wurde bei einem Vortrag des Beijinger Instituts für Diplomatie am 29. September erneut betont. Die frühere Sowjetunion habe, sehr zum eigenen Schaden, ein Wettrennen mit den USA um die glo-

bale Dominanz begonnen, und auch China habe in den vergangenen Jahrzehnten nicht wenige Fehler begangen, so z.B. während der Kulturrevolution, als eine weltweite Revolutionsrolle angestrebt wurde.

Die VR China solle sich darum bemühen, eine solide Regionalmacht in Asien zu werden. Jeder darüber hinausgehende Ehrgeiz aber bringe das Land unweigerlich auf Konfliktkurs mit den USA. (SCMP, 29.9.98) -we-

7 „Wirtschaftliche Sicherheit“ – ein Hauptelement „neuer Sicherheit“

Bei der ARF (ASEAN Regional Forum)-Tagung in Manila hielt Außenminister Tang Jiaxuan am 27. Juli eine Rede, in der er ein „neues Sicherheitsdenken“ und „neue Wege zur Friedenswahrung“ einforderte.

In jüngster Zeit sei die Sicherheit der „asiatisch-pazifischen Region“ vor allem durch zwei Ereignisse beeinträchtigt worden, nämlich durch die Nukleartests Indiens und Pakistans im Mai 1998 sowie durch die andauernde asiatische Finanzkrise.

China habe sich bemüht, in beiden Bereichen ausgleichend zu wirken, da „Friede und Entwicklung“ (eine Deng-Xiaoping-Formel!) die wichtigsten Aufgaben in der heutigen Zeit seien.

In einem Treffen mit dem indischen Vertreter am Rande des ARF und des PMC (d.h. des Postministeriellen Treffens) habe Tang die indische Seite aufgefordert, den Vertrag über einen umfassenden Atomteststopp und den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen möglichst bald zu unterzeichnen. Auch sonst habe sich China alle Mühe gegeben, die im Gefolge der Atomtests entstandenen Sorgen zu zerstreuen.

Was die Asienkrise angeht, so habe China dem IMF 4 Mrd. US\$ als Hilfe für Thailand und Indonesien zur Verfügung gestellt und außerdem das Versprechen abgegeben, seine eigene Währung, den Renminbi, nicht abzuwerten und dadurch aktiv an der Stabilisierung der regionalen Wirtschaft mitzuarbeiten. (XNA, 30.7.98)

Zu einer umfassenden Sicherheitspolitik gehörten nach chinesischer Auffassung heutzutage drei Elemente, nämlich (1) Entwicklung von zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Basis der Fünf Koexistenzprinzipien, (2) gegenseitiges Vertrauen (Sicherheit sei ja nur unter den Bedingungen der Wechselseitigkeit erreichbar) und (3) wirtschaftliche Prosperität. „Wirtschaftliche Sicherheit“ sei immer mehr zu einem „unabtrennbaren Bestandteil der nationalen und der regionalen Stabilität“ geworden. (XNA, 28.7.98)

Obwohl die (31.) Außenministerkonferenz, die dem ARF und dem PMC-Treffen vorausgegangen war, wenig konkrete Ergebnisse hervorgebracht hatte, zeigte sich der chinesische Außenminister in bezug auf die weitere Entwicklung optimistisch. Streitig war die Frage gewesen, ob das bisherige Prinzip der Nichteinmischung durch ein „flexibles Engagement“ ersetzt werden solle, z.B. in der Frage der Demokratisierung Myanmars oder aber der Mitsprache bei der Lösung der Asienkrise. Die Frage blieb jedoch offen. Darüber hinaus waren sich die Außenminister sehr wohl darüber im klaren, daß die ASEAN mittlerweile beträchtlich an internationalem Einfluß – und an Attraktivität – verloren habe. Vor allem ihre Opferrolle in der Asienkrise, ihre Hilflosigkeit bei den Waldbränden in Indonesien und nicht zuletzt auch ihre Distanz zu den Umwälzungen in Kambodscha (u.a. zum Staatsstreich Hun Sens) haben der Gemeinschaft viel von ihrem früheren Glanz genommen. Demgegenüber zeigte sich Tang optimistisch: Der „Finanzsturm“ könne gemeinsam bewältigt werden; außerdem seien die Marktpotentiale und die Handelsmöglichkeiten untereinander noch lange nicht ausgeschöpft. (XNA, 29.7.98) -we-

8 China bewirbt sich um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2008

Beijing hatte sich bereits Ende der 80er Jahre darum bemüht, die Olympischen Spiele auszurichten, und zwar im Jahre 2000. Im Gefolge des Tiananmen-Massakers war die Volksrepublik jedoch aus dem Rennen geworfen worden und dem Mitbewerber Sydney unterlegen.

Bei der IOC-Tagung Mitte September 1998 in Seoul stellte China nun erneut den Antrag, die Sommerspiele im Jahre 2008 entweder in Beijing oder in Shanghai zu organisieren. -we-

9 Übergriffe gegen Auslandschinesen in Indonesien

Fast drei Monate hat die Beijing-Regierung sich Zeit gelassen, ehe sie auf die Mai-Übergriffe gegen die Auslandschinesen in Indonesien reagierte. Diese „allzu weiche“ Haltung hat zu Demonstrationen der Studenten – und indirekt auch zu regierungsfeindlichen Äußerungen – geführt (näheres dazu Thema im vorliegenden Heft). -we-

Innenpolitik

10 Starke Zunahme lokaler Unruhen

Mit den wachsenden sozialen Verwerfungen infolge der Reformpolitik und der Dämpfung des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren hat die Zahl der lokalen Unruhen und Proteste stark zugenommen. 1997 soll es allein in ländlichen Gebieten zu mehr als 10.000 Vorfällen gekommen sein, in denen Bauern gegen örtliche Mißstände und Verwaltungsentscheidungen protestierten. Die Vorfälle fanden zwar überwiegend auf der Dorfebene statt und gingen in keinem Fall über die Ebene der Kreisregierung hinaus. Dennoch sieht die Zentralregierung in Beijing darin ein beunruhigendes Zeichen für die soziale Lage in China.

Im September kam es auch in einer Vielzahl von Städten zu Protestaktionen, die ein breites Spektrum von Mißständen und Verwaltungsentscheidungen zum Gegenstand hatten: Rückstände bei der Auszahlung von Löhnen und Pensionen in defizitären Staatsunternehmen, Verlust von Arbeitsplätzen und Investitionsanlagen durch manipulativ herbeigeführte Unternehmenskonkurse, restriktive lokale Regelungen gegenüber dem Kleingewerbe, unzureichende Entschädigungszahlungen für

im Rahmen von Immobilienprojekten aufgegebenes Ackerland.

Im Laufe der Proteste wird immer eindringlicher und verzweifelter auf Manipulationen durch korrupte lokale Verwaltungsfunktionäre, Unternehmensleiter und Polizeichefs hingewiesen. Während einer Arbeiterdemonstration in Dujiangyan (Provinz Sichuan, Nähe Chengdu) wurde der Unmut besonders deutlich artikuliert: „In den letzten 15 Jahren haben sie [die Fabrikdirektoren] nichts getan, außer die [Vermögenswerte der] Fabrik schrittweise zu verscherbeln. Sie wurden dadurch immer reicher, während wir nicht einmal unsere Grundlöhne ausbezahlt bekamen.“ „Sie leben in Villen mit kugelsicherem Glas, fahren tolle Autos und vergnügen sich in Nachtclubs mit Frauen. Wir aber können es uns nicht einmal leisten, uns ordentlich zu ernähren.“ (SCMP, 8./19./29./30.9. sowie 2./16.10.1998)

Die von der „räuberischen“ Korruption insbesondere unter lokalen Partei- und Verwaltungsfunktionären ausgelösten sozialen Spannungen haben aufgrund des verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums in diesem Jahr an Virulenz gewonnen. Dies kommt auch in den jüngsten Deklarationen chinesischer Dissidenten zur sozialen Frage zum Ausdruck (siehe Thema „Chinas Dissidenten formieren sich neu“). Das allgegenwärtige politisch-wirtschaftliche Korruptionsgeflecht zersetzt zusehends die Regeln des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und trifft gesellschaftliche Gruppen besonders hart, die über keine politischen Verbindungen verfügen und lokalen Funktionären nichts an materieller Gratifikation bieten können.

Die Partei- und Regierungszentrale hat vor diesem Hintergrund im September eine Direktive zur Behandlung von lokalen Unruhen in Umlauf gebracht. Richtlinie für die Behandlung von Protesten seien „Lenkung, Schlichtung und Differenzierung“. Um eine Ausweitung punktueller Konflikte und Unruhen zu verhindern, müßten Proteste beispielsweise in verschiedenen Unternehmen strikt auseinandergehalten werden. Soziale Proteste sollen nicht gewaltsam unterdrückt werden, sondern durch Lenkung und Schlichtung eingedämmt und beendet werden. Die konkreten Probleme sollen durch kurzfristige Bereitstellung

von Finanzhilfen und Sicherstellung eines minimalen Lebensstandards für betroffene soziale Gruppen angegangen werden. Lediglich diejenigen unter den Demonstranten, die zu regierungsfeindlichen gewaltsamen Aktionen aufwiegeln, sollen mit aller Härte verfolgt werden. (*Ming Pao*, Hongkong, 3.9.1998, nach SWB, 5.9.1998; SCMP, 11.9.1998) -hei-

11 Jiang Zemin über weitere Demokratisierungsschritte

Während einer einwöchigen Inspektionsreise in der Provinz Anhui hat der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin sich verhalten über die Perspektiven einer Ausweitung von Wahlvorgängen auf den unteren Verwaltungsebenen geäußert. Weitere Demokratisierungsschritte würden nur nach und nach und stets unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei unternommen. (SCMP, 28./30.9.1998)

Im Juni hatte Jiang Zemin dem amerikanischen Präsidenten Clinton gegenüber vertraulich geäußert, daß Chinas Führung umfassende politische Reformen für die Jahre nach der Jahrtausendwende ins Auge fassen: allgemeine politische Liberalisierungsschritte, größere Toleranz gegenüber politischen Kritikern, eine Ausweitung von Wahlvorgängen, eine Vereinfachung der Gründung von gesellschaftlichen Vereinigungen sowie eine Lockerung des staatlichen Medienmonopols. Clinton hatte daraufhin während einer Pressekonferenz in Hongkong die visionäre Kraft Jangs gepriesen (siehe C.a. 1998/7, S.677-678). Aufgrund des gewachsenen innenpolitischen Problemdrucks scheint Jiang jedoch zumindest vorerst von seinen Liberalisierungsvorhaben Abstand genommen zu haben. -hei-

12 Jiang Zemin und Dalai Lama signalisieren Gesprächsbereitschaft – Das Tibet-Engagement der CIA

Während des Staatsbesuchs des französischen Premiers Jospin, der dem chinesischen Präsidenten eine Nachricht des Dalai Lama übermittelte, hat Jiang Zemin die Vorbedingungen für eine Begegnung mit dem Dalai Lama nochmals verdeutlicht. (SCMP, 26.9.1998) Jiang sagte, daß der Dalai Lama die Souveränität Chinas über Tibet anerkennen müsse und sich wei-